

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Klinkert, Anneliese Augustin, Meinrad Belle, Hans-Dirk Bierling, Renate Blank, Dr. Maria Böhmer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Paul Breuer, Hartmut Büttner (Schönebeck), Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Wolfgang Dehnel, Renate Diemers, Werner Dörflinger, Maria Eichhorn, Wolfgang Engelmann, Ilse Falk, Dirk Fischer (Hamburg), Herbert Frankenhauser, Dr. Gerhard Friedrich, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Ganz (St. Wendel), Peter Götz, Klaus Harries, Manfred Heise, Dr. Renate Hellwig, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Ernst Hinsken, Heinz-Adolf Hörsken, Dr. Paul Hoffacker, Siegfried Hornung, Susanne Jaffke, Dr. Dionys Jobst, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Dr. Harald Kahl, Steffen Kampeter, Volker Kauder, Thomas Kossendey, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Franz Heinrich Krey, Dr. Ursula Lehr, Christian Lenzer, Julius Louven, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Theo Magin, Erwin Marschewski, Günter Marten, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Rudolf Meinl, Maria Michalk, Hans-Werner Müller (Wadern), Dr. Rolf Olderog, Friedhelm Ost, Dr. Gerhard Päselt, Dr. Peter Paziorek, Ronald Pofalla, Dr. Hermann Pohler, Rosemarie Priebus, Rolf Rau, Otto Regenspurger, Erika Reinhardt, Franz Romer, Kurt J. Rossmann, Heinz Rother, Ortrun Schätzle, Heribert Scharrenbroich, Günther Schartz (Trier), Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Trudi Schmidt (Spiesen), Dr. Andreas Schockenhoff, Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Dr. Harald Schreiber, Gerhard Schulz (Leipzig), Heinrich Seesing, Wilfried Seibel, Dr. Hans-Joachim Sopart, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Ferdi Tillmann, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Wolfgang Vogt (Düren), Simon Wittmann (Tännesberg), Michael Wonneberger, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CUD/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Josef Grünbeck, Birgit Homburger, Dr. Jürgen Starnick, Marita Sehn und der Fraktion der F.D.P.

Mehr Umweltschutz durch Beschleunigung von Zulassungs- und Genehmigungsverfahren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit ihren anspruchsvollen Umweltschutzanforderungen nimmt die Bundesrepublik Deutschland weltweit eine Spitzenposition ein. Allerdings liegt die Dauer der Genehmigungsverfahren selbst bei Maßnahmen, die der Verbesserung

des Umweltschutzes dienen, zu hoch. Dies ist teilweise in der Ausgestaltung des Genehmigungsrechts, teilweise aber auch in der Handhabung beim Vollzug durch Behörden und Antragsteller begründet. Neue, umweltschonende Technologien brauchen zu lange, um in konkreten Projekten eingesetzt werden zu können. Der aus Umweltschutzgründen zu begründende Austausch einer alten Anlage gegen eine neue, umweltfreundlichere Anlage wird durch zu lange Verfahren verzögert. Mit der Beschleunigung der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern werden die notwendigen Voraussetzungen zur schnellen Errichtung von Anlagen mit hohem Umweltstandard geschaffen. Eine Verkürzung der Dauer der Genehmigungsverfahren ist dringend notwendig, ohne daß materielle Anforderungen und Beteiligung der Öffentlichkeit gemindert werden.

Wichtige Vorschläge werden dafür seitens der Umweltministerkonferenz mit der Konzeption für die Beschleunigung von Anlagenzulassungsverfahren, insbesondere im Hinblick auf die neuen Bundesländer, vorgelegt.

Erste Ansätze zur Verfahrensbeschleunigung sind bereits gemacht worden. So sieht § 15 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bei zu erwartenden Umweltschutzverbesserungen die Zulassung des vorzeitigen Beginns der Anlagenerrichtung bei Änderungsgenehmigungen vor.

Mit dem Einigungsvertragsgesetz sind wesentliche rechtliche Voraussetzungen zur Verfahrensverkürzung in den neuen Ländern geschaffen worden. Sowohl mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz als auch mit dem Abfallgesetz sind zur Beschleunigung der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren im wesentlichen folgende Grundsätze eingeführt worden:

- Die Genehmigungsbehörde kann sich bei ihrer Entscheidung auf eine Stellungnahme einer Behörde auf dem Gebiet der alten Bundesländer stützen.
- Von der Beibringung einer derartigen Stellungnahme kann abgesehen werden, wenn diese wegen der Umstände des Einzelfalles, insbesondere wegen der technischen Auslegung der geplanten Anlage oder des Umfangs der Einzelprüfungen, nicht erforderlich ist.
- Soweit dies zur Durchführung von Prüfungen erforderlich ist, kann vom Antragsteller die Vorlage von Sachverständigengutachten verlangt werden.

Das Gesetz zur Verlängerung der Verwaltungshilfe befindet sich z. Z. im Gesetzgebungsverfahren. Hiermit soll die zügige Durchführung der Genehmigungsverfahren in den fünf neuen Ländern weiterhin sichergestellt werden.

Zur weiteren Verfahrensbeschleunigung ist es vor allem notwendig, die Durchführung der Genehmigungsverfahren bei Behörden und Antragstellern unter organisatorischen Gesichtspunkten effektiver zu gestalten.

II. Der Deutsche Bundestag hält es darüber hinaus für erforderlich, daß möglichst umgehend auch weitere gesetzliche Voraussetzungen für weitergehende Verfahrensbeschleunigungen geschaffen werden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf der Grundlage der „Konzeption für die Beschleunigung von Anlagenzulassungsverfahren, insbesondere im Hinblick auf die neuen Bundesländer“ der von der Umweltministerkonferenz auf der 36. Sitzung in Aachen eingesetzten Arbeitsgruppe folgende Rechtsänderungen auf ihre Eignung zu prüfen und die sich daraus ergebenden Rechtssetzungsverfahren alsbald einzuleiten:

1. Immissionsschutzrecht

- Reduzierung und Überarbeitung der 4. BImSchV im Hinblick auf Anlagen, deren Umweltgefährdungspotential (§ 4 BImSchG) infolge der technischen Entwicklung an Relevanz verloren hat. Die Anzahl der genehmigungspflichtigen Anlagen würde dadurch reduziert.
- Verlängerung des genehmigungsfreien Betriebs von mobilen Anlagen entsprechend § 1 Satz 1 4. BImSchV von sechs auf neun Monate.
- Schaffung einer Alternative zur Regelüberprüfung von Sicherheitsanalysen durch Sachverständige gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 9. BImSchV durch die Möglichkeit, die Sicherheitsanalyse bereits durch einen im Einvernehmen mit der Behörde ausgewählten Sachverständigen erstellen zu lassen (Wegfall von Doppelgutachten).
- Ergänzung des § 2 Abs. 3 der 4. BImSchV, der das vereinfachte Genehmigungsverfahren für neue Versuchsanlagen (Pilotanlagen) regelt, um die vereinfachte Zulassung von befristeten Anlageversuchen an bestehenden Produktionsanlagen.
- Ausdehnung der Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 15 a BImSchG auf die Inbetriebnahme einer bestehenden Anlage nach einer wesentlichen Betriebsänderung oder
- verstärkte Inanspruchnahme des Instruments der Bauartzulassung nach § 33 BImSchG in Kombination mit dem förmlichen oder vereinfachten Genehmigungsverfahren oder einem zu schaffenden Anzeigeverfahren in den Fällen, in denen der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen offensichtlich sichergestellt ist.

2. Abfallrecht

Einführung der Bauartzulassung nach dem Muster des § 33 BImSchG. Derartige Bauartzulassungen kommen in Betracht für kleinere standardisierte oder serienmäßig hergestellte Anlagen wie mobile Sanierungsanlagen, Sortieranlagen oder Kompostierungsanlagen.

- III. Darüber hinaus soll die Bundesregierung weitere Möglichkeiten zur Beschleunigung von Zulassungs- und Genehmigungsverfahren prüfen, insbesondere die Frage,
- ob und inwieweit Maßnahmen im planerischen Bereich, z. B. bei der Standortfindung, zu einer Verfahrensbeschleunigung beitragen können,
 - ob und inwieweit eine Konkretisierung der bestehenden Abgrenzung von Planfeststellung und Genehmigung sowie des vorzeitigen Beginns (Bau und Betrieb) im Rahmen der anstehenden umfassenden Novellierung des Abfallgesetzes erfolgen kann,
 - ob in Anlehnung an entsprechende Regelungen in anderen Umweltgesetzen*) die Möglichkeit einer Zulassung des vorzeitigen Baubeginns durch die Behörde (auf Risiko des Antragstellers) bei Vorhaben, deren spätere Genehmigung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wegen offensichtlich gewährleistetem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu erwarten ist, eröffnet werden soll.
- IV. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder, die Bundesregierung bei ihren Vorhaben nachhaltig zu unterstützen und die in der Konzeption für die Beschleunigung von Anlagenzulassungsverfahren angesprochenen Maßnahmen, insbesondere im Bereich des Vollzugs, ihrerseits zügig umzusetzen.

Bonn, den 25. Juni 1992

*) Im Immissionsschutzrecht.

Ulrich Klinkert
Anneliese Augustin
Meinrad Belle
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Paul Breuer
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Renate Diemers
Werner Dörflinger
Maria Eichhorn
Wolfgang Engelmann
Ilse Falk
Dirk Fischer (Hamburg)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Ganz (St. Wendel)
Peter Götz
Klaus Harries
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Heinz-Adolf Hörsken
Dr. Paul Hoffacker
Siegfried Hornung
Susanne Jaffke
Dr. Dionys Jobst
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Dr. Harald Kahl
Steffen Kampeter
Volker Kauder
Thomas Kossendey
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Franz Heinrich Krey
Dr. Ursula Lehr
Christian Lenzer
Julius Louven
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Erwin Marschewski
Günter Marten

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Rudolf Meinl
Maria Michalk
Hans-Werner Müller (Wadern)
Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Dr. Gerhard Päselt
Dr. Peter Paziorek
Ronald Pofalla
Dr. Hermann Pohler
Rosemarie Priebus
Rolf Rau
Otto Regenspurger
Erika Reinhardt
Franz Romer
Kurt J. Rossmann
Heinz Rother
Ortrun Schätzle
Heribert Scharrenbroich
Günther Schartz (Trier)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Trudi Schmidt (Spiesen)
Dr. Andreas Schockenhoff
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Harald Schreiber
Gerhard Schulz (Leipzig)
Heinrich Seesing
Wilfried Seibel
Dr. Hans-Joachim Sopart
Bärbel Sothmann
Karl-Heinz Spilker
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Ferdinand Tillmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Wolfgang Vogt (Düren)
Simon Wittmann (Tannesberg)
Michael Wonneberger
Wolfgang Zöllner
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch
und Fraktion

Ulrich Irmer
Josef Grünbeck
Birgit Homburger
Dr. Jürgen Starnick
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

